

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,30 Goldmark  
Anzeigennummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung  
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Röhrestraße 16  
Fernsprecher Nr. 8800 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

### Die Arbeitgeber beim „Aufklären“ Höhepunkt der Wirtschaftskrise

F. K. Über die Ursachen unserer Not wie über den Tiefstand unserer Wirtschaft ist sich längst alle Welt einig. Sie sind durch eine Reihe von gründlichen Untersuchungen als durch langjährige persönliche Beobachtung und Erfahrung zweifellos dargetan. Alle Welt weiß, daß unsere vielgestaltige Not auf den Krieg, das Versäulen der Wirtschaft, die Ruhrbesetzung mit der Geldentwertung, die Ausmergelung der Volksmasse und auf die inneren Störungen zurückzuführen ist; daß an unserm Elend jenes Gezücht schuldig ist, das sich aus Kriegshätern, Kriegsverlängerern, Beutepolitikern, Aufrabenteuern, Geldverschlechtern, Geldverfälschern, Steuerbetrügnern, Lohnbrüchern und den Aushältern der falschtischen Wanden zusammensetzt. Vor die so überzeugte Welt tritt nun, reichlich spät allerdings, die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände mit der Behauptung, die Weltmeinung sei irrig, die Schuld an unserer Not trüge etwas anderes. Der Beweis hierfür werde in zwei Schriften über die Lohnpolitik und über die Arbeitszeitfrage erbracht werden. Mit diesen beiden Büchern solle die deutsche Öffentlichkeit wie die Arbeiterschaft aufgeklärt werden, und diese Aufklärung tue die Arbeitgebervereinigung „mit der selbstverständlichen Pflicht zur Wahrheit“.

Das erste der beiden Bücher, das über die Lohnpolitik, liegt uns nun vor. Beginnen wir damit, darzulegen, wie die um die Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit besorgten Arbeitgeber ihre „selbstverständliche Pflicht zur Wahrheit“ erfüllen. Die Erfüllung fängt an mit dem seltsamen Hinweis,

„daß der jahrelange Kampf der deutschen Gewerkschaften gegen die deutschen Arbeitgeber, die unerschütterlich vorgebrachten Vorwürfe der Lohnbrücherei und der Ausbeutung nicht ohne Eindruck auf die ausländische Konkurrenz und die ausländischen Regierungen geblieben sind, die in dem ihnen aus deutscher Hand gelieferten Material die Begründung für ihre Verurteilung finden, das Sachverständigenurteilen dazu auszunutzen, die deutsche Wirtschaft für Menichelosen, unter dem Einfluß der ausländischen Konkurrenz zu bringen.“

Die argen Bindungen des Geschreibsells lassen ahnen, daß dieser Zug nicht leicht wurde. Auf die einfache Formel gebracht, heißt das nichts anderes als: die deutschen Gewerkschaften sind daran schuld, wenn die deutsche Wirtschaft von ausländischen Beutegeräten ausgeraubt wird. Wie man sieht, ein verkehrter Vorwurf des Landesverrats, eine neue Dolchstoßlegende, freilich ebenso unsinnig wie die andere, und zwar erfinden von den gleichen Leuten, die in Belgien und Nordfrankreich der ausländischen Konkurrenz Weipiel und Gründe in Fülle geliefert haben zur Blünderung einer fremden Wirtschaft. Weiter wird in der „Aufklärungsschrift“ vorgegeben, aus den Verhandlungen des Internationalen Arbeitsamtes in Genf

„tritt immer schärfer die Gefahr für Deutschland hervor, dem Auslande die Kontrolle unseres gesamten politischen und wirtschaftlichen Eigenlebens in die Hand gespielt zu sehen.“

Wohl ganz überflüssig zu sagen, daß diese Mär Eigen-gewächs der Arbeitgebervereinigung ist. Es ist von dem Direktor des Arbeitsamtes wiederholt hervorgehoben worden, daß gar nicht daran zu denken sei, sich in die innerdeutschen Angelegenheiten zu mischen. Deswegen geachtet wird aus der „selbstverständlichen Pflicht zur Wahrheit“ heraus diese Unsinnigkeit vorgebracht. Der Antrieb zu ihrer Verbreitung ist offensichtlich: Das Arbeitsamt ist das sozialpolitische Gewissen der Welt; es drängt unablässig zur Einführung des Achtstundentages und anderer Arbeiterschutzgesetze. Dieser Druck ist unsern „Herren im eigenen Hause“ zuwider. Was Wunder, daß sie das Arbeitsamt hassen und es in Verzug zu bringen streben. Da nun aber niemand mehr geben kann, als er hat, wird der Haß in einer plumpen Verdächtigung kund und zu wissen getan.

Mit diesen zwei Beispielen davon, wie die Arbeitgebervereinigung ihre „selbstverständliche Pflicht zur Wahrheit“ erfüllt, soll es sein Bewenden haben. Wer noch mehr solcher Proben haben will, muß die Schrift lesen. Wenden wir uns nun dem eigentlichen Stoff der Schrift, der Lohnpolitik der Arbeitgeber zu. Bei der Behandlung dieser Frage beobachten die um die Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit so besorgten Arbeitgeber eine verdächtige Vorsicht. Sie behaupten nämlich die Lohnpolitik erst von der Festigung der Währung, erst von der Zeit der Rentenmark an, während sie die Inflationszeit nur so im Vorbeigehen andeuten. Der Grund für diese Zurückhaltung leuchtet jedem Kinde ein. Die Inflationszeit war die goldige Ernte der Industriellen. Sie zahlten wahrhaftige Kullilöhne, konnten daher auf dem Weltmarkt die Preise unterbieten, machten prächtige Geschäfte und schöpften außerdem daheim, dank der Gefälligkeit der Reichsbank, die Taschen der Volksmasse aus. Wie schamlos unterbezahlt die Arbeitererschaft in der Ernstezeit des Unternehmertums war, dafür gibt die Schrift, ungewollt allerdings, einen berebten Beweis. Auf Seite 14 führt sie nämlich an: „Wie oft haben die Arbeiter früher (in der Inflationszeit) ausgesprochen, sie wären mit der Hälfte des Friedenslohnes zufrieden, wenn er ihnen in wertbeständigem Geld ausgezahlt würde!“ Somit wurden die Arbeiter in der Inflationszeit mit weniger als der Hälfte des Friedenslohnes abgepeist. Daß sich die Arbeiter nicht auf immer mit einer solchen Brandstiftung zufrieden geben konnten, sondern mit der Einführung der festen Währung ein ehrliches Entgelt verlangten, wird jeder billig Denkende für selbstverständlich halten. Die Nutznießer der Geldverschlechterung indes waren gegenseitiger Meinungs. Daß sie davon von ihren amtlichen Laufburschen unterstützt wurden, bleibt begreiflicherweise ungefragt. Die Unternehmer kramten sich mit

der ihnen eigenen Veressenheit gegen die Forderung der Arbeiter nach einer ehrlichen Bezahlung. Aber, so heißt es auf Seite 17 der Schrift, es blieben die

„Warnungen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände auf Mäßigung in der Lohnpolitik ungehört und wurden selbst von manchen Arbeitgeberkreisen nicht genügend gewürdigt. So setzte dann mit dem Monat März eine auch heute noch nicht ganz zum Abschluß gekommene Lohnbewegung ein, die in ihrer Auswirkung als ein schwerer wirtschaftspolitischer Fehler bezeichnet werden muß.“

Der schwere wirtschaftspolitische Fehler soll darin liegen, daß die Löhne rasch weit in die Höhe schnellten und dadurch der Geschäftsgang erheblich gestört worden sei. Die Arbeitgeber meinen, die böse Geschichte sei darauf zurückzuführen, daß die gewerkschaftliche Lohnpolitik das Unternehmertum immer an der empfindlichsten Stelle gepackt habe und viele Fabrikanten, die den geschäftsgünstigen Augenblick nutzen wollten, allzu geneigt gewesen seien, nachzugeben. Dessenungeachtet seien die Gewerkschaften, die garstigen, noch nicht zufrieden gewesen. Was schließlich nicht wundernehmen lasse, denn trotz der Lohn-erhöhungen

„sitt der Seh von den niedrigen deutschen Löhnen unter dem Eindruck fünfjähriger Not und infolge der Agitation der Gewerkschaften noch heute im deutschen Volke ist. Es mag dahingestellt bleiben, in welchem Umfang dieser Seh in der Vergangenheit berechtigt war, denn der Streit über die Lohnpolitik der Inflationszeit soll hier nicht ausgetragen werden. (Warum wohl? Schriftling der W.Z.) Nach dem heutigen Lohnstand trifft dieser Seh nicht zu. Dies muß festgestellt werden trotz allen Widerpruchs.“

Daß diese Behauptung auf vertrockneten Füßen steht, fühlen die Arbeitgeber wohl selbst, denn sie fügen, um sie zu bekräftigen, einige Zahlenreihen an. Es ließe sich leicht der Seh von den niedrigen deutschen Löhnen erörtern, wir können jedoch darauf verzichten, da es ja die Arbeitgebervereinigung selbst tut. Es heißt nämlich in ihrer Schrift (Seite 48) wörtlich:

„Der geltende deutsche Lohn zeigt in der großen Linie fast dasselbe Verhältnis zum Auslandslohn wie in der Vorkriegszeit, wenn man die reale Kaufkraft der ausländischen Nominallohne auf Grund der ausländischen Lebenshaltungskosten umrechnet. Wenn sich der deutsche Lohn heute noch vielfach unter einem vergleichbaren Auslandslohn bewegt, so ist festzustellen, daß dies kein der Fall war und in der Natur der verschiedenartigen Wirtschaftsbedingungen der einzelnen Länder, der Beschaffenheit der Betriebe, der Beanspruchung der Bevölkerung, der klimatischen und der Währungsverhältnisse begründet und überdies angelehnt der Vorbestimmungen der deutschen Industrie auch unvermeidlich ist.“

Dieser ausdrücklichen Bestätigung der niedrigen deutschen Löhne etwas hinzuzufügen, hieße sie abschwächen. In der ganzen Schrift tritt das Bemühen der Arbeitgeber zutage, sich von der Schuld an der deutschen Not zu reinigen: Daran sei der Krieg, die Maßnahmen unserer Gegner in der Weltmarkt, die Inflation und dann und vor allem die Lohnbrücherei der Gewerkschaften schuld. Wenn man das zugehen wollte, dann müßte man fragen, wer denn zum Kriege gehezt hat, wer den Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet hervorrief, wer die Markverschlechterung planmäßig betrieb. Jedes Kind vermag hierauf die richtige Antwort zu geben. Und dann die gewerkschaftliche Lohnbrücherei, die übermäßig hohen Löhne der Arbeiter. Die armen Teufel, die in der Inflationszeit buchstäblich hungerten und die jetzt mit 20 bis 30 A Wochenlohn ganz außerstande sind, Leib und Seele zusammenzuhalten, die sollen besonders mitschuldig sein an der deutschen Not? — und nicht die Unternehmer und ihresgleichen, die in der Zeit des Krieges wie der Inflation und der Rentenmark erhebliche Betriebsverlängerungen vornehmen konnten, sich Willen bauten, Luxusautomobile anschafften, mit ihren Familien in den teuersten Kur- und Vergnügungsorten praxten und die falschtischen Wanden fütterten? Alle Kühe lachen!

Nach alledem wird man fragen, was denn eigentlich der Zweck dieser hahnehüchernen Wahrheitsgerei sein soll. Die Antwort liegt auf der Hand: Mit den Reparationsleistungen muß, wenn nicht die Zeichen trügen, nächstens ernstlich begonnen werden. Die überwiegende Mehrheit des Volkes fordert nun entschieden, daß endlich die Mitschuldigen am Kriege und an der Reparationslast, die Nutznießer des Massenmordes und der Inflation ihr ehrlich Teil beizuführen haben. Dieser unangenehmen Sache versuchen die industriellen Patrioten mit ihren „Aufklärungsschriften“ vorzubeugen. Darum müßen sie sich, die Schuld an unserer Not auf andere zu schieben, dafür die Lohnpolitik der Gewerkschaften, die Unerschlichkeit der Arbeiterschaft verantwortlich zu machen. Indessen glauben wir heute schon sagen zu können, daß ihr Unterfangen ergebnislos bleiben wird. Auch wenn sie dabei mehr Witz und Logik und Wahrhaftigkeit zeigten. Kein Mensch glaubt ihnen mehr. Sie sind zu dreist mit dem gutmütigen Volke umgesprungen.

### Leset eure Zeitung!

Die Metallarbeiter-Zeitung dient der Aufklärung und Bildung der Mitglieder. Sie kostet jährlich viele Laufende. Diese Summe sind Verbandsbeiträge. Wer die Zeitung nicht liest und sie zum Lesen an Familienangehörige und Mitarbeiter nicht weitergibt, vergeudet Verbandsgelder und diese sind die eigenen Groschen.

Die Wirtschaftskrise, die bereits in den Wintermonaten ihre Schatten warf und seit dem Frühjahr in der Form einer heftigen Geld-, Kredit- und Absatzkrise in Erscheinung trat, ist gegenwärtig schon völlig ausgebreitet. Sie hat einen furchtbaren Umfang erreicht. Es wäre geradezu müßig, die Industriezweige aufzuzählen, die von der Krise nicht ergriffen wurden. Ist doch die ganze Volkswirtschaft in diese hineingerissen. Am nachhaltigsten scheint jedoch die Schwerkmetalleindustrie getroffen zu sein, schon wegen ihrer überragenden Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben. Die Eisenerzgruben des Siegerlandes und des Lahn-Dill-Gebietes schließen eine nach der anderen ihre Betriebe. Im Bergbau kennzeichnen Festschichten und Verurlaubungen, wenn nicht Entlassungen die Lage. Das Ruhrgebiet ist immer noch mit den Micumbverträgen belastet. Am 1. August wurden zwar Erleichterungen in bezug auf die Ein- und Ausfuhrabgaben und die Kohlensteuer gewährt, die Hauptbelastung, die Lieferung der Reparationskohle blieb aber in den früheren Mengen weiterbestehen. Wird nach Ablauf des kurzen Vertrages infolge der Londoner Vereinbarungen eine andere Regelung auf Grund von Sachlieferungsverträgen sofort eintreten? Niemand weiß es.

Das Kohlenhandelsgebiet des Ruhrgebietes — Ruhrkohle A.-G. — wird aller Wahrscheinlichkeit nach auseinandergehen. Die Syndikatspreise werden auch jetzt schon nicht mehr eingehalten, die Absatzkrise zwingt die Mitglieder zu Preisunterbietungen. Die im Juni vorgenommene Herabsetzung der Kohlenpreise um 20 v. H. hat weder zur Belebung des Absatzes noch zum Preisabbau in der übrigen Industrie geführt. Nur gegenüber dem Ausland erfolgte ein beträchtlicher Preisabbau. Ausländische Berichte beklagen sich bereits wegen einer angeblichen deutschen Unterbietung (Dumping). Dennoch gelingt es nicht, die Ausfuhr wesentlich zu steigern. Das Ausland verschließt sich durch Zölle, Einfuhrverbote, und hat selbst eine jumeist billig arbeitende Industrie entwickelt. Der Umstand, daß neben England auch die Vereinigten Staaten und Frankreich durch die Krise ergriffen wurden, erhöht die deutschen Absatzschwierigkeiten im Ausland. Insbesondere beklagt sich die deutsche Maschinenindustrie über den amerikanischen Wettbewerb auf den ausländischen Märkten. Die bereits lange anhaltende Krise der Eisen- und Stahlindustrie hat eine weitere Verschärfung erfahren. Aber auch die Textilindustrie, vor einigen Monaten noch in voller Blüte, ist bereits zu Betriebsstillegungen und Einschränkungen geschritten. Die Bauindustrie liegt daneben, ein Zehntel sämtlicher unterhaltenen Arbeitslosen sind vom Baugewerbe. Mehr noch als in der Industrie wurde der Großhandel lahmgelegt. Die Zahl der Konkurse — 1173 — war im Monat Juni die höchste, die in Deutschland in einem Monat je verzeichnet wurde. Die Kurzarbeit ist so weit verbreitet, daß einige Industriezweige, wie zum Beispiel die Bijouterieindustrie, berichten, daß in ihr sämtliche Betriebe auf Kurzarbeit gestellt sind. Eine Unterstützung der Kurzarbeiter findet bekanntlich nicht mehr statt. Die Arbeitslosenunterstützung wurde sehr eingeschränkt und ihre Sätze sind verhältnismäßig gering.

Der Preisabsatz, der für die Vinderung der Krise nötig gewesen wäre, hat keine beträchtlichen Fortschritte gemacht. Die Lebenshaltungskosten blieben dank der Erhöhung der Getreidepreise und der Mieten im wesentlichen unverändert, ebenso die Großhandelspreise der Kapital- und Konsumgüter. Die Messzahlen der „Frankfurter Zeitung“ zeigen Ende Juli gegenüber Mai und Juni eine nur sehr geringe Verminderung. Allerdings mußte sich der Kleinhandel infolge Geldschwierigkeiten seines Vorrates oft zu ermäßigten Preisen entleeren; ausschlaggebend aber ist, daß die Preise für Kapitalgüter, insbesondere für Halbfabrikate, auf einer Höhe blieben, die die Vinderung der Absatzkrise verhindern mußte. Die Preispolitik der Unternehmer wurde immer noch nicht viel geändert. Hierzu treten die hohen Frachtsätze der Eisenbahnen, die dem Preisabbau noch entgegenstehen, die hohen Umsatzsteuern, die immer noch nicht ermäßigt wurden, und die Geld- und Kredit-schwierigkeiten.

In bezug auf die Geldverhältnisse sind einige Veränderungen eingetreten, die jedoch die Dürftigkeit des Geldes nicht vermindern lassen. Als scheinbarer Widerspruch gegenüber der ungeheuren Geldknappheit an Betriebsmitteln wurde das Geld in letzter Zeit beträchtlich billiger, insbesondere das tägliche Geld, aber auch das monatliche, ja es herrscht auf dem Geld- und Kapitalmarkt geradezu eine Geldflut. Die Lösung dieses Rätsels ist, daß gegenwärtig, mehr noch als in den vergangenen Monaten, das Geld nur denen angeboten wird, die es nicht brauchen, vor den anderen wird es versperrt. Nur sogenannten „ersten Adressen“ — mit den Unterschriften zweier erstklassiger Firmen und der Bürgschaft einer Bank — werden von der Reichsbank und von dem in der letzten Zeit endlich entstandenen Privatdiskontmarkt mit Kredit bedacht. Die Einleger wollen mangels Vertrauens in die Wirtschaft ihre Gelder nur als tägliches Geld anlegen. Die Banken können ihrerseits, um die Flüssigkeit zu wahren, diese Gelder auf längere Frist nicht oder nur zum Teil ausleihen. Dadurch, daß die staatliche „Sechshandlung“ auf Veranlassung der Reichsbank den Banken die Diskontmöglichkeit geöffnet hat, ist letzterzeit ein Privatdiskontmarkt entstanden. Seine Grenzen sind jedoch eng gezogen. Die Banken nehmen ihn übrigens nicht in Anspruch, da sie, indem sie ihre Mittel nur für erstklassige Wechsel hergeben, selbst einen Geldüberfluß haben. Demnach ist im Kreditwesen eine Vertrauenskrise vorhanden, die, wenn sie nicht rechtzeitig behoben wird, den Zusammenbruch noch vieler tausender Betriebe herbeiführen muß. Die nicht „erstklassigen“ Unternehmer, wenn sie auch Geld auf 60 bis 70 v. H. behalten können, müssen sich überlegen, ob ihre Produktion — insbesondere mit

Rückblick auf den zu erwartenden Preisabfall — die ungeheure Zinsenlast tragen kann.

Unter sämtlichen Produktionszweigen ist es nur die Landwirtschaft, deren Lage sich in letzterer Zeit verbessert hat.

Es soll noch der Versuch des Landbundes, durch Errichtung einer eigenen großen Brotfabrik in Berlin den Zwischenhandel anzusprechen, erwähnt werden.

Dieses Glend aber himmelschreiend. Wir zitieren die „Frankfurter Zeitung“: „Sozialpolitik und soziales Gefühl sind in der jetzigen Krise mit vielem anderen abgebaut worden.“

Propaganda und Propagandamittel

Von Franz Sanftöter, M. d. R.

II

Neben dem Worte und der Dichtung dient auch die ungebundene Rede, die Prosa, als Propagandamittel. Wie die Gelehrten behaupten, ist die Dichtung älter als die Kunst der Rede.

Welche Rolle die öffentliche Rede in Versammlungen und Parlamenten heute spielt, ist allgemein bekannt. Wer nicht über eine gute Redegabe verfügt, der blüht meistens wie ein Weizen im Verborgenen, mag er sonst noch so tüchtig sein.

ber Redekunst geföhrt. Soviel steht aber dennoch fest, daß keine Partei und keine Gesellschaft ohne redigewandte Führer auskommen kann.

Ein wichtiges Propagandamittel ist das Buch und die Kleinschrift, worin der Verfasser seine Ansichten darlegt und für sie um Anhänger wirbt.

Das wichtigste Propagandamittel der Gegenwart ist zweifellos die Zeitung, die die Gelegenheitschriften, die „fliegenden Blätter“ des Mittelalters erbt und auch dieselbe das Buch und die Broschüre verdrängt hat.

Die Zeitung ist unter der Herrschaft des Kapitals zu einem Geschäft geworden, das Geld einbringen soll, sie ist gleichzeitig zu einem Mittel geworden, die Köpfe und Gemüter zu verwirren und den Willen in eine falsche Richtung zu treiben.

Auch die Zeichnung, das Bild, spielt in der Propaganda eine hehrwichtige Rolle. In früheren Zeiten, als die Kunst des Lesens und Schreibens noch kein Gemeingut der Massen geworden war, wie dies noch heute in Rußland der Fall ist, suchten die Propagandisten fast ausschließlich durch bildhafte Darstellungen auf die Massen zu wirken.

Sein Mensch, und sei er der geistig hochstehendste, kann sich dem Einfluß der Propaganda völlig entziehen. Wir alle unterliegen den launigen Einbrüden, die auf uns einströmen, wir alle sind mehr oder minder Opfer der Massenjugend, die Kopf, Herz und Willen in ihren Bann schlägt.

Bewerbung

zum Studium an der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M.

Am 1. Oktober 1924 beginnt der vierte Lehrgang an der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M.

Der Vorstand will auch in diesem Jahre die Akademie der Arbeit durch Kollegen unseres Verbandes beschließen; ihre Zahl wird jedoch auf 4 bis 5 beschränkt.

Für die Teilnehmer kommen insgesamt 9 Monate in Betracht, mit hin die Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 30. Juni 1925.

- 1. für die Aufenthaltskosten in Frankfurt a. M. eine Unterstützung, die 60 % des jeweiligen Tariflohnes erwachsener Facharbeiter Frankfurts beträgt,
2. darüber hinaus 25 % der unter 1 genannten Unterstützung als Zuwendung für diverse andere Ausgaben,
3. einen begrenzten Betrag zur Anschaffung notwendiger Bücher.

Außerdem erhält jeder Teilnehmer für Hin- und Rückfahrt vom Wohnort nach Frankfurt a. M. resp. umgekehrt das Fahrgehalt 3. Klasse. Für die von uns auf die Arbeiter-Akademie zu entsendenden Hörer kommt in erster Linie die Erwerbung ökonomischer Kenntnisse, Wirtschaftskunde usw. in Betracht.

Als Bewerber können nur Kollegen in Frage kommen, die bereits eine bestimmte Schulung hinter sich haben, ein gutes Auffassungsvermögen mitbringen (das heißt geistig begabt sind), eine gewisse Reife besitzen, Erfahrungen gesammelt, in der Arbeiterbewegung erprobt und neben ihrer engeren organisatorischen und agitatorischen Tätigkeit ein gewisses Allgemeinwissen erworben haben.

Kollegen, die sich bewerben wollen, haben dieses schriftlich bei der Bezirksleitung ihres Bezirkes einzureichen, und zwar bis spätestens 6. September d. J. Bei der Bewerbung sind mitzuteilen die bisherige Tätigkeit innerhalb der modernen Arbeiterbewegung, Schulbildung und Grad des nach der Schulentlassung erworbenen allgemeinen Wissens, Alter, Familienstand (ob ledig oder verheiratet) und eventuelle weitere zweckdienliche Angaben.

Zum Volkstentcheid über den Achtstundentag

Die jüngste Sitzung des Ausschusses des RWB beschloß, die dem Reichstag angehörenden Gewerkschaftsmitglieder aufzufordern, einen Beschluß des Reichstages herbeizuführen, der die Regierung veranlaßt, einen Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit in Deutschland vorzulegen, dessen Annahme und Durchführung die Ratifizierung (Quarantäne) des Washingtoner Abkommens (über den Achtstundentag) auch in Deutschland ermöglicht.

Ein Volkstentcheid ist ferner herbeizuführen, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzentwurfs stellt. Dem Volkstentcheid muß ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf zugrunde liegen.

Die Einleitung eines Volkstentheides ist mit erheblichen Kosten verknüpft. Hinsichtlich ihrer Ausbringung wurde beschlossen:

Die Verbände werden aufgefordert, über die Ausbringung der Geldmittel, die zur Propaganda für die Volksabstimmung erforderlich sind, verbindliche Beschlüsse herbeizuführen. Der Bundesauschuß geht davon aus, daß der Mindestbetrag jedes Mitgliedes für den zu schaffenden Propagandafonds 50-3 betragen muß.

Die Vorstände der Verbände haben über ihre Entscheidung rechtzeitig an den Bundesvorstand zu berichten, damit dieser einer späteren Sitzung des Bundesauschusses das Ergebnis vorlegen kann.

Die Kirch-Dunderbergschen Verbände haben kürzlich eine Kundgebung zugunsten der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens erlassen, auch die christlichen Gewerkschaften erklärten sich nunmehr unter gewissen Voraussetzungen für einen Volkstentcheid.

Die Epischengewerkschaften hatten am 4. August beim Reichsarbeitsminister eine Besprechung über die Ratifizierung des Arbeitszeitabkommens, deren beschleunigte parlamentarische Verabschiedung sie forderten, da sie andernfalls auf Grund der bereits eingeleiteten Vorarbeiten einen Volkstentcheid herbeizuführen würden.

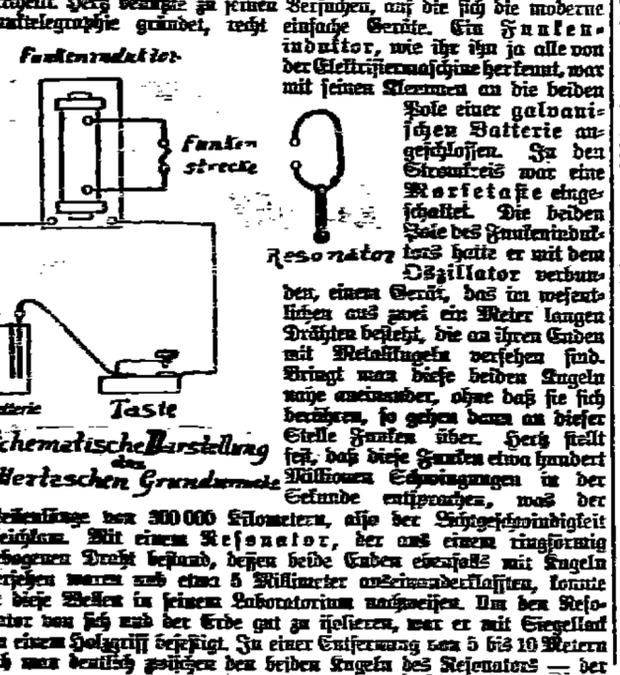
Die Frage des Achtstundentages besteht also eine Einheitssfront. Die Epischengewerkschaften hatten am 4. August beim Reichsarbeitsminister eine Besprechung über die Ratifizierung des Arbeitszeitabkommens, deren beschleunigte parlamentarische Verabschiedung sie forderten.

Von der Funktechnik

II. Der Sender.

Wir kennen keinen Körper auf der Welt, der die angelegte Geschwindigkeit des Lichts und der elektromagnetischen Wellen erkläre. Die moderne Physik behilft sich genau so, wie das auch die Physik vergangener Jahrhunderte getan haben, mit Annahmen, die solange gelten, als man nichts Besseres an ihre Stelle setzen kann.

Funkentechnik — kleine elektrische Funken überspringen. Doch stelle weiter fest, daß diese elektrischen Wellen von metallischen Flächen zurückgeworfen und durch Prismen aus Wachs abgelenkt werden, daß sie aber durch andere nichtmetallische Körper hindurchgehen und sich um große Hindernisse geradezu herumbiegen.



Wir wissen also jetzt etwas über die elektromagnetischen Wellen, wir haben erfahren, wie man sich ihre hohe Geschwindigkeit zu erklären versucht. Das alles sind Dinge, die an sich recht wenig anschaulich sind, die nur mit Hilfe von irgend welchen Vergleichen erklärt werden können.

Die Sender werden von irgend einer Kraftquelle mit Elektrizität gespeist und strahlen die elektrische Kraft wellenförmig in den Raum hinaus. Die Empfänger greifen diese Kraft gleichsam aus der Luft auf und verwandeln sie in irgendwie hörbare Nachrichten.

Jede Funkenstation besteht aus vier Teilen: 1. Die Quelle, aus der sie die elektrische Kraft nimmt. Sie kann im einfachsten Falle aus einer elektrischen Batterie bestehen. Für größere Leistungen wird der Hochspannungsstrom von großen Elektrizitätswerken bezogen und auf

### Industrialisierung überseeischer Gebiete

In Südafrika war die Ausbeutung der Gold- und Diamantengruben bis zum Krieg die wichtigste Betätigung in der südafrikanischen Union. Infolge des Krieges hat sich aber dort eine Fabrikindustrie entwickelt, die sowohl was den Wert der erzeugten Waren wie die Zahl der beschäftigten Arbeiter anbelangt, gleichwertig neben der Ausbeutung der Goldgruben steht. In den Jahren 1914 bis 1920 hat sich die Zahl der Industriebetriebe verdoppelt. Es gibt dort 7000 Fabrikanlagen, die im Jahre 1916 Waren im Werte von 40 Millionen Pfund, im Jahre 1921 von beinahe 100 Millionen Pfund erzeugten. Während der Wirtschaftskrise im Jahre 1921 ist die Erzeugung zurückgegangen, doch ist diese Krise bereits zum größten Teil überwunden. Die Fabriken beschäftigen 60 000 europäische Arbeiter, dreimal so viel als die Goldgruben, und ungefähr so viel Eingeborne wie die Goldgruben. Der Ertrag der Fabrikproduktion wird jährlich auf 36 Millionen Pfund geschätzt, ebensoviel wie der Ertrag der Goldgruben. 43 Millionen Pfund jährlich werden für Rohstoffe, 20 Millionen für Löhne ausgegeben. Die Profiteure in der südafrikanischen Industrie ist außerordentlich hoch, wovon die Dividenden der zum Teil in englischen Händen befindlichen Gesellschaften zeugen.

Die brasilianische Industrie ist einstweilen eine Klein- und Mittelindustrie. Die Gründung einer großen Industrie durch Errichtung von Hochöfen, welche die ungenügend reichen Erze Brasiliens ausbeuten sollen, wurde erst vor kurzem eingeleitet. Die Baumwollindustrie war bereits vor dem Krieg bedeutend, während des Krieges hat sie sich wesentlich entwickelt. Die Zahl der Betriebe betrug im Jahre 1919 243, die der beschäftigten Arbeiter 125 000, die der Spindeln über 1 1/2 Millionen. Gegenüber 1905 bedeuten diese Zahlen eine Verdreifachung der Erzeugung. Die übrige Industrie ist als Kriegs- bzw. Nachkriegsproduktion zu bezeichnen. Besonders gab die Auswanderung von selbständigen Industriellen seit Kriegsende, die ihre Maschinen auch nach Brasilien mitführten, der Entwicklung der Industrie einen lebhaften Anstoß. Die Facharbeiter sind ebenfalls zum größten Teil Deutsche und andere Auswanderer, aber auch Eingewanderte sind in machender Anzahl in der Industrie tätig. Die nach Brasilien verpflanzte Industrie stützt sich weniger auf brasilianische Rohstoffe, als auf eingeführte Halbfabrikate, während die frühere „bodenständige“ Industrie brasilianische Rohstoffe verarbeitet. Die Regierung unterstützt die Entstehung der nationalen Industrie mit allen Mitteln, in erster Linie durch hohe Schutzzölle.

Die Industrialisierung Javas, des größten und wichtigsten Teils des indonesischen Archipels, ist vorerst noch in ihren Anfängen. Es gibt dort große Zuckerrübenfabriken, die etwa 10 v. H. des festen Landbauoutputs besitzen und die Eingeborenen von der Bebauung der eigenen Böden immer mehr zurückgedrängt haben. Die 35 Millionen betragende Bevölkerung kann in der landwirtschaftlichen Erzeugung unter solchen Umständen nicht ihr Auskommen finden. Auch ist die Bevölkerungszunahme außerordentlich groß. Deshalb wird Java auf dem Weg der Industrialisierung gedrängt, die unter Führung des holländischen Kapitals voranschreitet und auf höchster technischer Stufe ausgebaut werden wird. Die holländischen Unternehmer rufen sich bereits. Wie aus einem sehr aufschlußreichen Bericht Dr. Mauthners im Wirtschaftsbericht (Heft 28) hervorgeht, möchten die Unternehmer holländischer Ausländer, die für die Unternehmer „zuverlässiger“ sind als die, welche bisher an der Unversität Leiden ausgebildet wurden und eine „ethische“ Richtung verfolgt hätten.

Die vor kurzem erschienene Sondernummer des Manchester Guardian Commercial über die Wirtschaftslage des britischen Reiches enthält auch in bezug auf die Industrialisierung Indiens einige Angaben. Für die Erzeugung der Zute besitzt Indien bekanntlich ein Weltmonopol. Im Jahre 1923 wurden 7,6 Millionen Ballen Zute erzeugt, die diesjährige Ernte wird auf 7 Millionen Ballen geschätzt. Von dieser Menge wurde nur weniger als die Hälfte ausgeführt, das übrige selbst im Inland zu Säcken verarbeitet. Im Laufe des Jahres 1923 wurden 184 500 Tonnen Kohle ausgeführt; das Rohmaterial wird aus einheimischen Erzen, die reichlich vorhanden sind, hergestellt. Über die indische Erzeugung seien folgende aufschlußreiche Angaben erwähnt: Indien ist das größte Ausfuhrland der Welt für Reis (seine Zuerzeugung ist nach China die zweitgrößte der Welt). Ein Sechstel des in der Welt erzeugten Weizens entfällt auf Indien. In bezug auf die Goldausfuhr steht Indien an der siebenten Stelle. 33 v. H. der indischen Ausfuhr entfällt auf Baumwolle.

### Über die elsass-lothringische Gewerkschaftsbewegung

Aus Elsass-Lothringen erfahren wir seit dessen Voreinigung von Deutschland nur sehr wenig, hauptsächlich, weil die Deutschen jetzt gefühllos von diesem Lande ferngehalten werden. Ein belgischer Kollege, der Elsass-Lothringen bereiste, berichtet darüber in dem Monatsblatt der Antwerpener Metallarbeiter. Danach entstanden den Gewerkschaften durch den überleiteten Anschluss an Frankreich gleichzeitig ernsthafte Schwierigkeiten, vor allen Dingen, weil sie an hohe Beiträge und Leistungen gewöhnt waren und sich nunmehr den französischen Verbänden mit deren mäßigen Beiträgen und dementsprechenden Leistungen anschließen mussten. Es wurde damals ein Übergangszustand geschaffen. Die elsass-lothringischen Verbände bestellten ihre eigenen Satzungen mit ihren höheren Beiträgen und ihrem ausgebauten Unterstützungswesen. Ihre Mitgliederzahl stieg von 1918 bis 1920 in ähnlichem Maße wie die der Gewerkschaften in Deutschland. Von den 1 630 000 Einwohnern waren 150 000 Gewerkschaftsmitglieder. In Frankreich war die Zunahme bei weitem nicht so stark. Von den 60 000 Metallarbeitern waren 1921 annähernd 28 000 organisiert, davon in Straßburg allein 11 000. Bis 1921 waren die Arbeitsbedingungen durch Verträge geregelt. Nunmehr machte sich aber der inzwischen ausgebrochene Streik zwischen Komunisten und „Reformisten“ bemerkbar, jedoch nur bei den Metallarbeitern erhielten die Kommunisten die Mehrheit und bestellten die leitenden Ämter. Die in die Minderheit gedrängten „Reformisten“

fügten sich und blieben dem Verbande treu, obgleich die Mehrheit den Austritt aus dem Gewerkschaftsbund und den Anschluss an die Metallarbeiter beschloß. Als in Straßburg der Vertrag abgelaufen war, weigerten sich die Unternehmer, einen neuen abzuschließen. Obgleich ein starrer Geschäftsgang herrschte, unternahmen die Kommunisten nichts, um einen neuen Vertrag durchzusetzen, worauf die Unternehmer sich herausnahmen, kräftig über den Rücken zu arbeiten und Vorrat an Arbeit zu lassen. Nachdem sie auf diese Weise ihre Stellung gefestigt hatten, gingen sie mit einer Lohnherabsetzung vor. Darauf riefen die kommunistischen Führer zum allgemeinen Streik auf, obwohl von vornherein feststand, daß unter den obwaltenden Umständen ein solcher zu einer Niederlage führen würde. Diese blieb denn auch nicht aus, und mit ihr stellten sich ebenfalls die unvermeidlichen Folgen einer solchen Handlungsweise ein. Es verblieben dem Verbande höchstens noch 2000 Mitglieder.

Auch in den anderen Verbänden hatten die Kommunisten alles versucht, um die Mehrheit zu gewinnen. Nachdem sie sich drei Jahre lang umsonst abgemüht hatten, beschlossen sie, aus den Verbänden auszutreten und Sonderorganisationen zu gründen. Die nichtkommunistischen Metallarbeiter, die sich bisher der kommunistischen Mehrheit gefügt hatten, sahen sich nunmehr veranlaßt, ebenfalls eine eigene Organisation zu gründen, die sich dem französischen Gewerkschaftsbund (C.G.T.) anschloß.

Von den 150 000 Gewerkschaftsmitgliedern Elsass-Lothringens sind jetzt noch 45 000 übriggeblieben, davon 35 000 im französischen Gewerkschaftsbund (C.G.T.) und 10 000 im kommunistischen Gewerkschaftsbund (C.G.T.U.). Hinzu kommt noch die loslose Art des Vorgehens der kommunistischen Führer. Ein Beispiel davon ist der Bauarbeiterstreik. Als dieser einige Wochen gedauert hatte, waren beide Parteien des Kampfes müde geworden. In einer Versammlung der Unternehmer war Stimmung dafür, den Streikenden entgegenzukommen. Als in diese Versammlung jedoch die Nachricht gebracht wurde, daß die Kommunisten beschlossen hätten, keine Streikunterstützung mehr auszusagen, beschloßen die Unternehmer natürlich, bis zu ihrem Siege auszuharren.

Die elsass-lothringischen Gewerkschaften bemühen sich, unter den Verbänden in Mitteleuropa für ihre Auffassung von einer zweckmäßigen Organisationsform zu werben. Einen gewissen Erfolg nach dieser Richtung hin haben die Bauarbeiter erzielt, indem sie mit dem französischen Bauarbeiterverband eine Vereinbarung trafen, die auch bei den Franzosen zur Leistung höherer Beiträge führte und den Mitgliedern beider Verbände Gegenseitigkeit bei der Gewährung von Unterstützungen sicherte.

### Vom tschechoslowakischen Metallarbeiterverband

Der eben erschienene Bericht des Metallarbeiterverbandes der Tschechoslowakei gibt ein Bild der Wirtschaftskrise, die alle Länder Europas betroffen hat und auch die Tschechoslowakei nicht verschonte. Besonders die Eisen- und Metallindustrie dieses Staates, die 1922 316 000 Arbeitern und Arbeiterinnen Erwerbsmöglichkeit gab, leidet unter einer ungeheuren Abwärtstriebe. Da die Metallindustrie für das tschechoslowakische Gebiet viel zu groß ist, ist sie auf starke Ausfuhr angewiesen. Was Wunder, daß die auf den Weltmarkt angewiesenen Gewerbe dessen Stodung sehr zu fühlen bekommen. Die Gewerbe des Eisens, des Metalls und des Email als auch der Waggon- und Automobilbau mußten Tausende von Leuten entlassen oder ihre wöchentliche Arbeitszeit bis auf 16 Stunden herunterdrücken. Im Jahre 1922 waren mindestens 20 v. H. der Arbeiter ohne Erwerb, 40 v. H. arbeiteten verlustig. Um die Schwächung der Arbeiterkraft voll zu machen, stellte sich die Spaltung der Arbeiterbewegung ein. Es ist deshalb zwar unerfreulich, aber begreiflich, daß der Verband, der noch Mitte 1922 über 100 000 Mitglieder zählte, bis zum Ende 1922 auf 65 154 sank. Die ersten Monate des Jahres 1923 brachten weitere Rückschläge in der Mitgliederzahl, erst die zweite Jahreshälfte zeigte wieder einen Aufschwung. Die Arbeiter waren der Politik der Kommunisten müde und lehnten allmählich in den Verbänden zurück, so daß Ende 1923 bereits wieder 69 749 Mitglieder gezählt werden konnten. Die Aufwärtsbewegung hielt auch im Jahre 1924 an. Heute ist der Verband nicht mehr allzu weit von 70 000 Mitgliedern.

Die Senkung der Mitgliederzahl kam begreiflicherweise auch zum Ausdruck in den Finanzen des Verbandes. Die Gesamteinnahmen betrugen im Jahre 1923 7 348 000 Kronen. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 7 975 000 Kronen, waren schon größer als die Einnahmen, obgleich infolge der Krise keine größeren Wirtschaftskämpfe zu bestehen waren. Dafür sind an Arbeitslosenunterstützung allein 2 079 000 Kronen bezahlt worden. An Unterstützungen wurden insgesamt ausgegeben 3 432 000 Kronen, somit 52 v. H. der gesamten Ausgaben. Die Verbandszeitungen verursachten ebenfalls große Kosten, da der Verband infolge der national gemäßigten Mitgliedschaft nicht weniger als fünf Blätter herausgeben muß: in deutscher, tschechischer, slowakischer, polnischer und magyarischer Sprache. Der Verband bewährte auch seine internationale Solidarität, indem er den kämpfenden Bergarbeitern in der Tschechoslowakei 80 000 Kronen, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband 40 000 Kronen, dem Ungarischen Metallarbeiterverband 5000 Kronen überwies.

Das Vermögen des Verbandes konnte trotz der Ungunst der Zeit von 6 895 000 auf 7 623 000 Kronen gesteigert werden, da die verschiedenen Bezirke nicht in jenem Maße belastet waren wie die Zentrale.

Überblickt man die geleistete Arbeit, so wird man anerkennen müssen, daß es in schwerster Zeit gelang, die Sache der Arbeiterkraft zu wahren. Trotz der größten Anfeindungen von den kommunistischen Gewerkschaftspartnern, trotz aller Angriffe der Unternehmer, die hier ebenso wie in anderen Ländern die sozialen und wirtschaftlichen Ertragsbedingungen der Arbeiter beseitigen wollten, war es dem Verband möglich, seine Mitglieder ausreichend zu schützen. Noch günstigere Ergebnisse hätten freilich erzielt werden können, wenn es nicht zur Spaltung und damit zur Schwächung der Arbeiterorganisationen gekommen wäre.

### Worauf es ankommt

Eine Stimme aus der Schweiz.

Von einem in der vorherigen Reihe des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes stehenden Kollegen erhalten wir unter dem 8. August einen langen Brief, woraus wir einige Stellen hierhergesetzt. Nachdem der Schreiber die (beiden ersten) Aufträge der Nr. 31 der Metallarbeiter-Zeitung lobend hervorgehoben hat, fährt er fort:

Jeder Verbandskollege sollte diese Aufsätze nicht nur selbst lesen und sich den Inhalt gut ins Gedächtnis prägen, sondern sie auch allen ihren lieben Angehörigen laut vorlesen, denn es wird noch eine Generation kommen und gehen müssen, bevor der von Breuch eingetappte Militarismus aus den Köpfen und Herzen der Proletarier endgültig verschwunden ist...

Wenn künftig ein Krieg verhindert werden soll, so kommt es nicht in erster Linie darauf an, ob eine Minderheit oder eine Mehrheit in den Gewerkschaften politisch mehr nach rechts oder mehr links eingestellt ist, sondern ob die große Masse überhaupt gewerkschaftlich organisiert ist, damit sie unsere Presse erhält und beeinflusst wird, damit sie die Arbeit einstellt, wenn die Gewerkschaftsführer (ob mehr nach links oder mehr rechts eingestellt) „auf den Knopf drücken“. Und um einen solchen Niesenkampf gegen die herrschenden Klassen führen zu können, müssen doch auch die nötigen Geldmittel vorhanden sein, die auch nur wieder dann zusammengebracht werden können, wenn jeder Proletarier organisiert ist und ein regelmäßiges geldliches Opfer bringt. Bringen wir das nicht fertig, so nützen die schönsten und schärfsten Reden gegen den Kapitalismus nichts und jeder Kampf gegen ihn ist von vornherein ein verlorener Kampf...

In den schweizerischen Kurorten, wo während des Krieges deutsche invaliden und kranke Proletarier in Krügeuniform verpackt und verjagt wurden, tummeln sich heute Tausende von deutschen Blutsaugern, die sich während des Krieges bereicherten und ihr Geld rechtzeitig vor dem Ruinaturzug in die Schweiz hinüberbrachten, weil das deutsche Proletariat elendigst ausgebeutet und ausgehungert wird. Diese Kapitalistenbande logiert da schon längst wieder unter demselben Hoteldach mit Ausbeutern aus aller Welt, und lebt herrlich und in Frieden. Möge das deutsche Proletariat von dieser Tatsache Kenntnis nehmen und sie beherzigen. Es grüßt freundlich Paul Sidi, Verbandssekretär.

### Der luxemburgische Verbandstag

Am 2. und 3. August hielten die Berg- und Metallarbeiter Luxemburgs ihren Verbandstag in Rodingen ab. Die 7800 Mitglieder waren durch 45 Abgeordnete vertreten, zu denen sich die 11 Mitglieder der Leitung, des Rates und der Revisionskommission gesellten. Die Bruderverbände Hollands, Frankreichs und Belgiens hatten Vertreter geschickt. Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband war Kollege D. Parde erschienen. Aus dem Geschäftsbericht der Verbandseitung ist zu entnehmen, daß die Ruhrbesetzung die Tätigkeit der luxemburgischen Metallindustrie sehr beeinträchtigt. Die Arbeit der Unternehmer, die Arbeitszeit über acht Stunden hinaus zu verlängern und das Dreischichtsystem einzuführen, scheiterte an dem Vorgehen der Verbandseitung; das Dreischichtsystem wurde beibehalten. Die Lohnbewegungen konnten nicht immer ohne Arbeitsniederlegung durchgeführt werden. Die Streiks endeten größtenteils mit vollem Erfolg, hier und da auch mit Mitgliederzuwachs.

In Luxemburg besteht eine Arbeiterkammer, die durch die Bemühungen der Arbeiter zu dem gemacht werden muß, was sie sein soll. Die Jugendbewegung konnte durch Gründung neuer Jugendgruppen lebhafter gestaltet werden. In Steuer- und Mietesachen gewährt der luxemburgische Verband seinen Mitgliedern Rechtshilfe. In der Aussprache über den Geschäftsbericht wurde die Tätigkeit der Verbandseitung von allen Rednern voll anerkannt, abgesehen von jenen beiden, die zur kommunistischen Partei gehören. Die Anerkennung fand übrigens auch darin ihren Ausdruck, daß die bisherige Leitung fast vollzählig wiedergewählt wurde.

Obwohl der Berg- und Metallarbeiterverband Luxemburgs eine kleine Organisation ist, ist ihr Geist ein guter. In ihr ist der Apostelgeist noch recht lebendig. Die Überzeugung und der Glaube an die gerechte Sache der Arbeiterbewegung klingt aus jeder Rede. Das Gefühl des Verbändereinstimmens mit den Klassenpartnern jenseits der Grenze ist überaus stark. So bildet die luxemburger Kollegenchaft einen ehernen Zell der Eisernen Internationale. Das ist der Eindruck, den dieser Verbandstag hinterläßt.

Zehn Minuten Arbeitsruhe in Italien. Die Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Giacomo Matteotti hat die geistigen und politischen Grundlagen der faschistischen Herrschaft schwer erschüttert. Nicht etwa, weil dieses Verbrechen etwas Neues in der Geschichte der „neuen Ära“ wäre, sondern weil die ganzen Zusammenhänge und Umstände der Tat auch dem Ungläubigsten bewiesen haben, daß das faschistische Regiment nur in Gewalt und Verbrechen seine Stütze hat und sucht.

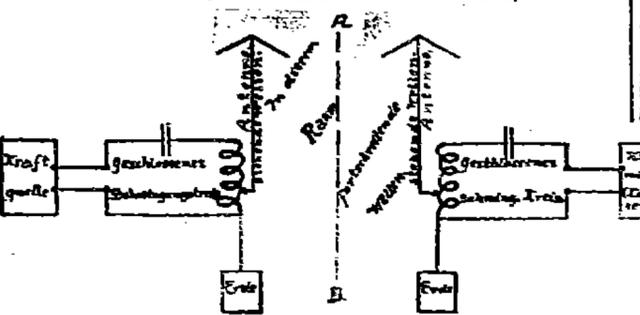
Ein Beweis für die Auswirkung des Verbrechens auf die öffentliche Meinung ist die vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund durchgeführte Trauerkundgebung. Trotzdem die faschistischen Vereinigungen behaupten, die Arbeiter hinter sich zu haben und über zwei Millionen Mitglieder zu zählen, konnte es geschehen, daß die Lösung der angeblich verarmtesten freien Gewerkschaften das Leben der Großstädte und sogar faschistischer Hochburgen, wie Bologna und Antra, für zehn Minuten stilllegte.

Rein Generalstreik der ehemals so bewegten Welt ist mit solcher Einseitigkeit durchgeführt worden und hat darauf auf die öffentliche Meinung gewirkt wie dieser stumme Zehn-Minuten-Protest.

Das Organ der freien Gewerkschaften, „Battaglia Sindacale“, bringt jeitenlang Berichte über den Verlauf der Kundgebung und jetzt ihnen als Lösung voran ein Wort des Sozialistenführers Turati: „Mit der Ermordung Matteottis beginnt die neue Geschichte Italiens. Unsere einzige Aufgabe wird sein, uns ihrer würdig zu erweihen!“

die Gebrauchsspannung in der Funkstation umgeformt. 2. Die eigentliche Sendeanlage, die im einfachsten Falle dem beschriebenen Hertzschen Versuchsgerät gleicht, also zum mindesten aus der Hochspannung, dem Funkeninduktor und der Funkenstrecke besteht. 3. Die Antenne mit dem dazugehörigen Gegengewicht der „Erde“. Sie haben die Aufgabe, die elektrischen Wellen in den Äther zu jenden. 4. Die Empfangsanlage. Wer einen Rundfunkempfänger hat, besitzt also keine ausgewachsene Funkstation, sondern nur einen Teil davon.

Sehen wir uns nun die Skizze, die die drahtlose Kraftübertragung darstellt, näher an, so springt uns eine gewisse Regelmäßigkeit in die Augen. Rechts und links der Linie A bis B, die in der



Schematische Darstellung der drahtlosen Übertragung.

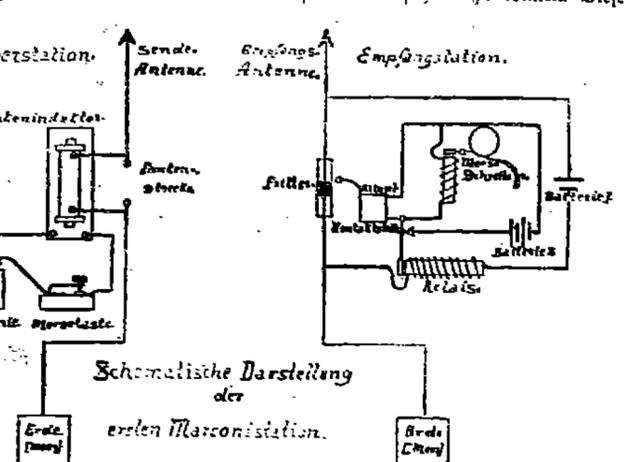
Witte zwischen dem Sende- und Empfangsgerät gedacht ist, sehen wir ganz harmonisch die gleichen Bezeichnungen. Dem offenen Schwingungskreis, der Antenne, auf der Sendeseite entspricht die Antenne auf der Empfangseite. Rechts und links sehen wir je einen geschlossenen Schwingungskreis. Während links die Kraftquelle dargestellt ist, sehen wir rechts die Kraftmü-

ndung, die ein Kopfhörer sein kann, der nur die Nachrichten dem Ohr übermittelt. Der Raum zwischen den beiden Antennen, in denen, wie wir wissen, stehende Wellen sind, wird ausgefüllt durch das elektrische Kraft- oder Strahlungsfeld, in dem die fortschreitenden Wellen wandern, die die Sendeanlage verlassen haben.

Die ersten Sender waren Funkenstrahler. Sie sandten also „gedämpfte Wellen“ aus. Eine Reihe von Pöhlern, die sich mit den Verschieden Versuchen beschäftigte, verbesserte dessen Versuchsanlagen für ihre Sonderuntersuchungen, die abseits der drahtlosen Nachrichtenübermittlung lagen. Der Franzose Branly baute 1890 den sogenannten „Fritter“, durch den er den Empfangsapparat empfindlicher machte. Dieser Fritter besteht aus einer Glasröhre, die lose mit Kohlenstäubchen oder Metallspänen angefüllt ist. Die beiden Enden der Glasröhre sind durch Metall verschlossen. Dieses dient zum Anschluss in einen Stromkreis. Wenn sich ein Fritter zum Beispiel in eine Klingelleitung einfügt wird, also: Element — Fritter — Klingel — Element, so wird die Klingel nicht ertönen. Wenn aber Funken aus einem Funkeninduktor diesen Fritter treffen, dann fritten die Kohlenstäubchen zusammen. Solange die elektrischen Wellen diese Kohlenstäubchen treffen, wird der Strom durch die Fritter hindurch zur Klingel und wieder zum Element zurückfließen, und die Klingel wird zu hören sein. Lange ist in der drahtlosen Telegraphie mit diesem Fritter zum Empfang ausgefandener Wellen gearbeitet worden. Der Pöhlner Rigbi verbesserte den Sender 1893 durch eine Funkenstrecke, die erheblich kräftigere Schwingungen lieferte als der

gewöhnliche Sender, so daß sie in größerer Entfernung vom Sender wahrgenommen werden konnten. Er ordnete zwischen den beiden Enden des Verschieden Oszillators einen mit Öl gefüllten Hartgummiflasken an, aus dem rechts und links je eine Metallkugel von etwa 10 cm Durchmesser herausragte. Der Abstand dieser beiden Metallkugeln im Innern des Hartgummiflaskens betrug etwa 1 bis 2 mm.

Die beiden anderen Kugeln wurden rechts und links im Abstand von 5 bis 6 mm angebracht und mit dem Funkeninduktor verbunden. Durch diese Anordnung wurden sehr kräftige Funken erzeugt. Der Russe Popoff baute, ähnlich wie es Galvani schon getan hatte, eine Hochantenne, um Wetterstudien ausführen zu können. Diese



Schematische Darstellung der ersten Marconistation.

# Gegen die Arbeitsdienstpflicht

Einer unserer jugendlichen Verbandskollegen schreibt uns: Seit Anfang dieses Jahres ist die Frage der Arbeitsdienstpflicht zu einer sehr umfangreichen Erörterung gelangt. Unsere ablehnende Stellung hat sich dabei als immer berechtigter erwiesen. Die Stellungnahme der verschiedensten Richtungen im Volkleben, vor allem die der Jugendverbände, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen, beweisen dies.

Die Erörterungen und Besuche rühren teilweise schon aus der Kriegszeit her. Sie blieben aber ohne tiefgehende Wirkung. Ende 1923 ging von Hamburg ein mächtiger Anstoß aus. Die dortige bürgerliche Jugend aller Fraktionen nebst bedeutenden Einzelpersonen forderten die Arbeitsdienstpflicht. Anfang Februar 1924 verstärkte sich dies durch einen entsprechenden Aufruf. Die Deutsche Arbeiterbewegung und die „Bewegung der deutschen Bauernvereine“ gaben ebenfalls zustimmende Erklärungen zur Arbeitsdienstpflicht. Das Ergebnis dieser heuligen Rufe nach mehr Profit und keinen ersten praktischen Reberfolg in Bayern. Generalstaatskommissar v. Bahr, im Nebenamt Hochverwalter, legte einen Bescheid vor für die Einführung der staatlichen Arbeitsdienstpflicht vor. Sie sollte für männliche Personen vom 20. bis 30. Lebensjahr ein Jahr, für weibliche vom 18. bis 26. Lebensjahr ein halbes Jahr betragen. Das gerade in der „Ordnungszelle“, die Ordnung aber möglichst zu vergleichen mit den Trümmern von Babylon, die Arbeitsdienstpflicht verwirklicht werden sollte, ist uns ein deutliches Warnungssymbol. Bayern ist ja bekanntlich das Land mit den geringsten Zuständen. In ihm erleben wir das „erhebende“ Schauspiel, daß die Gerechtigkeit schamlos gebeugt und besudelt werden darf. Eine Arbeitsdienstpflicht eröffnet hierbei ungeahnte Aussichten für eine Unterdrückung der Arbeiterklasse.

Der erste Einspruch kam vom freigewerkschaftlichen Jugendrat in Köln. Weitere scharfe Einsprüche kamen von den Hamburger Ortsausschüssen der freien Gewerkschaften, der Gewerkschaftszeitung des ADGB, einer Vertreterversammlung der SPD in Hamburg und des Hauptvorstandes der sozialistischen Arbeiterjugend. Alle lehnten entschieden die Arbeitsdienstpflicht ab. An deren Stelle forderten sie: Bessere Erziehung der proletarischen Jugend, mehr Jugendbeschäftigung, mehr Jugendrecht.

Was geschah aber weiter? Die Besürworter traten wieder hervor. Der Führer der Wismar-Jugend forderte am 1. April d. J. auf dem deutschnationalen Parteitag in Hamburg die Arbeitsdienstpflicht mit der Wehrpflicht als Endziel. Der Jungdeutsche Bund, der eng mit den reaktionären Organisationen verbunden ist, fordert ebenfalls die Arbeitsdienstpflicht. Kürzlich gab er einen Aufruf heraus, worin es unter anderem heißt:

Das deutsche Volk hat nur eine Möglichkeit der Rettung: den Freiheitskampf deutscher Arbeiter durch die Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht. Wir wollen einen Volksentscheid herbeiführen, da sich die Parlamente als zu schwach erwiesen haben, um den gesunden Gedanken der Arbeitsdienstpflicht junger deutscher Männer im 19. und 20. Lebensjahre durchzuführen. Helft uns, Brüder, den deutschen Volkswillen für diesen Freiheitskampf zu entfachen! Jungdeutsche Brüderschaften, euch gehen in den nächsten Tagen Listen zu, auf denen ihr die Namensunterschriften sammeln sollt von den deutschen Menschen, die gemillt sind, unsern Kampf für die Arbeitsdienstpflicht zu unterstützen.

Neueren Meldungen zufolge ist der „Jungdeutsche Bund“ eifrig bei seiner Arbeit. In ganz Deutschland werden Drucme gesucht zur Unterzeichnung dieses „Volksbegehrens“.

Es kommt aber noch schlimmer: der Jungdeutsche Bund hat an die Regierung folgenden Antrag gerichtet:

Der Jungdeutsche Bund gibt der Reichsregierung Kenntnis davon, daß die Führer (!) der nationalen Bünde erklären, daß die nationale männliche und weibliche deutsche Jugend gewillt ist, die aus einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht resultierenden Lasten auf sich zu nehmen. Er bittet, sobald es unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage möglich erscheint, die allgemeine Arbeitsdienstpflicht gesetzlich einzuführen und hierbei eine Form zu wählen, die die wichtigsten Momente der allgemeinen Wehrpflicht voll zur Geltung kommen läßt und die Stärkung der Volkskraft sichert. Ganz besonders wichtig erscheint ihm die unterrichtliche Erziehung der gesamten Jugend und eine Durchführung in kräftigen Formen, die die Jugend zu psychischer und physischer Disziplin und Eingliederung ins Ganze erziehen.

Ein Aufruf der „Adler und Falken“ und der „Schwarzer Fackel“ der deutschen Bauernverbände fordert die deutsche Jugend auf zur freiwilligen, unbezahlten Ernte- und Landarbeit, damit die volkswirtschaftlichen Schäden verdrängt werden können.

Welche Stimmen erheben sich nun weiter dagegen? Die wichtigsten seien hier mitgeteilt. Die Handwerkerliste gab zu Leipzig die Erklärung ab, daß die bisherigen Vorschläge nicht zur Durchführung geeignet wären und sie darum die Arbeitsdienstpflicht ablehnen. Eine öffentliche Versammlung des Bundes evangelischer Schulreformer und des Bundes der Kriegsdienstgegner gaben eine scharfe Erklärung gegen die Arbeitsdienstpflicht. Die Reichsleiter der sozialistischen Arbeiterjugend gab ebenfalls eine ablehnende Erklärung ab.

Was sagen uns also all diese Kommunisten? Sie zeigen uns, daß die Jugendbewegung und das Unternehmertum rücksichtslos für die Arbeitsdienstpflicht sind. Freiwirtschaftliche und proletarische Bewegungen wenden sich aber schärfstens dagegen. Sie lehnen es ab aus der wohl begründeten Überzeugung, daß ein Arbeitsdienstpflicht nur den Fortschritt der Arbeiterklasse herauf. Es wäre heute nur ein vorläufiges Mittel zur Festigung und Stärkung der politischen Reaktion und des Unternehmertums. Die Verbereitungen zum Verwirklichungsgesetz gegen Volk und Staat, die massive Weisheit von der Überwindung der Klassengegensätze und Überwindung der wirtschaftlichen Krise sind nur Zunder zu einem neuen Feuer.

Christian Schmidt, Köln-Grünfeld.

## Kultur und Arbeiterklasse

Wieder auf die Arbeiter-Kulturfrage in Leipzig.

Wir Sozialisten wissen, daß die Verbindung jeder echten Kultur das geistige Dasein der breiten Massen des Volkes ist. Daraus ergibt sich die Aufgabe der Arbeiterbewegung: Die Kultur des Volkes zu heben, die Kultur des Volkes zu heben. Der Kampf um die Kultur des Volkes, das die Gewerkschaften wieder mit steigender Kraft führen, ist ein Kampf um die Hebung der Kultur des Volkes.

Aber wir wissen selbstverständlich auch, daß der Kampf um die Kultur des Volkes nicht genügt. Das ist die Aufgabe der Arbeiterbewegung: Die Kultur des Volkes zu heben, die Kultur des Volkes zu heben. Der Kampf um die Kultur des Volkes, das die Gewerkschaften wieder mit steigender Kraft führen, ist ein Kampf um die Hebung der Kultur des Volkes.

Auf der ganzen Linie muß Arbeit wieder angeschlossen, den Kampf dafür zu geben, nur der Sinn der Leipziger Kulturwoche. Das von den Leipziger Gewerkschaften und der Partei getragene Arbeiterbildungsprogramm ist ein Programm der Kulturwoche. Es ist ein sozialistisches Kulturprogramm, das die Arbeiterbewegung für die Zeit vom 2. bis 6. August ein: Arbeiterbewegung, sozialistische Arbeiterbewegung, sozialistische Arbeiterbewegung und Arbeiterbewegung. In gegenseitiger Befruchtung sollte die Kultur...

Aber die fetterige sozialistische Bildungsarbeit gehalten werden, aber auch zugleich Ausblick auf die Größe unserer zukünftigen Arbeit. In ehrlicher geistiger Auseinandersetzung wurde in den vier großartigen angelegten Vorträgen von Heinrich Schulz, Dr. Lohmann, Engelbert Graf und Prof. Leo Kestenberg um das Problem „Arbeiterbildung“ gerungen. Raumangels wegen will ich nur die Ausführungen des Genossen Graf, die übrigens eine überaus lebhaft Zustimmung fanden, herausheben. Er wandte sich gegen die, irrtümlicherweise „Allerweltbildung“ der Volkshilfsvereine, deren Geist vielfach auch in die Arbeiterbildung eingeströmt sei. „Sozialistische Bildung ist Vermittlung derjenigen Kenntnisse, die zur Erfüllung der gesellschaftlichen Aufgaben der proletarischen Klasse notwendig sind. Nicht nach den Wünschen des einzelnen Arbeiters oder einzelner Gruppen, sondern nach den Bedürfnissen der Arbeiterklasse muß sich die proletarische Bildungsarbeit einstellen.“

Bei allen Berichten und Ausführungen kam zum Ausdruck, daß die sozialistischen Kulturorganisationen wieder in lebhaftem Aufschwung begriffen sind. Das geistige Gerüst des Marxismus steht unerschütterlich. Der Versuch des Kapitalismus, durch den Münchner Bürgerbräufestzug eine Sogge in die marxistische Grundfrage der Arbeiterbewegung hineinzutreiben, ist kläglich gescheitert. Die früher prophezeigte sozialistische Bildungsarbeit war nicht umsonst und hat reiche Früchte getragen.

Die Kunstausstellung, die mit der Kulturwoche verbunden war, zeigt, daß eine wachsende Schaar von Künstlern die Brücke zum Volk der Arbeit geschlagen hat. Neben der genialen Räte Kollmann und es vor allem Kollmann, Groß, Ditz, Zille, Majerle, Haff und noch viele andere. Erschütternd stand man vor so viel leidenschaftlicher Empörung und Anlage gegen die Verneinung der proletarischen Kultur, aber auch von so viel prophetischem Sehen befreiter Arbeit und Menschheit.

Das Ergebnis der Kulturwoche? Zweifellos ein Wegabschnitt zu dem Ziel, eine starke sozialistische Kulturgemeinschaft zu schaffen. Wir lächeln über den in bürgerlichen Fangnetzen verstrickten Professor Oswald Spengler, der vom „Untergang des Abendlandes“ schreibt. Unser Herz und Hirn läßt uns das Neue, Gewaltige ahnen: Wir wissen, daß in der arbeitenden Menschheit noch so unendlich viel geistige und leibliche Kräfte schlummern, Kräfte, die aber gemeldet werden können, wenn sich ein lebendiges, sozialistisches Kulturbewußtsein entwickelt. Mit einer Aufgabe Leipzigs war es, diesem Kulturwillen des Proletariats einen starken Antrieb zu geben. Erhard Schnedersburger, Stuttgart.

## Neuerungen in der Sozialversicherung

Dem vorangehenden Drängen der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag ist es gelungen, den Reichstag von der Notwendigkeit einer Erhöhung der Invaliden- und Unfallrente zu überzeugen. Der Reichstag hat, bevor er in die Ferien ging, verschiedene Beschlüsse verabschiedet. Zunächst das Gesetz über die Änderung der Reichsversicherungsordnung. Durch dieses Gesetz wird bestimmt, daß der § 1265 RVO folgende Fassung erhält:

Der Reichsversicherungsträger beträgt jährlich 48 Goldmark (bisher 36 Goldmark) für jede Invaliden-, Witwen- und Witterrente und 24 Goldmark für jede Halberente.

Nach dieser Neuregelung erhalten die Invaliden-, Witwen- und Witterrentenempfänger 1 1/2 je Monat mehr. Es erhalten somit die Empfänger von Invaliden- oder Altersrente den Betrag von 14 1/2, Empfänger von Witwen- oder Witterrente einen Betrag von 10 1/2 und Empfänger von Halberente einen Betrag von 7 1/2 je Monat. Für solche Rentenempfänger, die Kinder unter 18 Jahren haben, erhöhen sich diese Beträge auf Grund des § 1291 RVO um 3 1/2 monatlich für jedes Kind. Diese Neuregelung tritt mit dem 1. August 1924 in Kraft und gilt für alle Rentenempfänger aus der Invalidenversicherung.

Das Gesetz über Sonderzulagen in der Unfallversicherung besagt, daß alle Rentenempfänger aus der Unfallversicherung, die zwei Drittel oder mehr der Vollrente beziehen, ab 1. Juli 1924 eine Sonderzulage von 15 1/2 monatlich erhalten. Diese Sonderzulage ermäßigt sich für solche Rentenempfänger, die aus der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung oder aus der Seefahrtsgewerkschaft eine Rente erhalten, auf 10 1/2 monatlich. Für die Unfallrentenempfänger wird also die Sonderzulage auch schon für Monat Juli 1924 gezahlt. Da die Renten im allgemeinen im Voraus zu zahlen sind, so hat der Zweidrittel- oder mehr Erwerbsbeschränkte eine Nachzahlung von 15 1/2 für Monat Juli und 15 1/2 für Monat August zu erwarten, sofern er seine Rente aus einer gewerblichen Unfallversicherung erhält. Nach dieser Regelung würde sich beispielsweise die Rente eines 70 v. H. Erwerbsbeschränkten gewerblichen Arbeiters wie folgt verhalten:

Der durchschnittliche Jahreseinkommenverdienst ist gemäß der Verordnung über Zulagen in der Unfallversicherung vom 23. Mai 1924 mit 1152 1/2 angenommen. Von diesem Betrage zwei Drittel, also 768 1/2, ergeben die Vollrente. Der 70 v. H. Erwerbsbeschränkte erhält von 768 1/2 70 v. H. gleich 537 1/2 im Jahre oder 44 1/2 im Monat. Auf Grund dieser Neuregelung erhält dieser Erwerbsbeschränkte ummehr weitere 15 1/2 im Monat als Sonderzulage, insgesamt somit 600 1/2 je Monat. Die Zulagen zur Unfallrente sind wohl wie auch die Sonderzulagen werden gemäß der 2. Verordnung über die Anhebung der Zulagen in der Unfallversicherung vom 31. Juli 1924 auch an fremde Staatsangehörige, die im Deutschen Reich ihren Wohnort haben, wie auch an Deutsche, die sich im Ausland aufhalten, gezahlt.

Das Gesetz über die Anhebung der Zulagen in der Unfallversicherung vom 31. Juli 1924 auch an fremde Staatsangehörige, die im Deutschen Reich ihren Wohnort haben, wie auch an Deutsche, die sich im Ausland aufhalten, gezahlt.

Das Gesetz über die Anhebung der Zulagen in der Unfallversicherung vom 31. Juli 1924 auch an fremde Staatsangehörige, die im Deutschen Reich ihren Wohnort haben, wie auch an Deutsche, die sich im Ausland aufhalten, gezahlt.

## Eingegangene Schriften

Die Arbeit

Der Reigen teilten wir schon mit, daß der ADGB beabsichtigt, eine Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaft zu herauszugeben. Jetzt nun ist deren erstes Heft erschienen. Damit ist der sehr wichtige Schritt der Gewerkschaftsbewegung getan. Es liegt nun an ihnen, die neue Schrift durch Bezug und Anregung zu unterstützen, als auch das daraus geköpfte Wissen zu vertieren. Unser langer Kampf gestaltet sich nicht, auf die Fälle der Gedanken, Meinungen und Zeitschriften des ersten Heftes einzugehen. Leider ist dank uns vor allem der letzten Kapitel des Schriftleiters Lothar Erdmann über den Weg der Gewerkschaften. Aber auch die anderen Arbeiten enthalten des Nützlichen genug. So der Aufsatz Tarasows über...

die Bindungen im Tarifwesen, dann die Abhandlung des Professors Brenano: Die deutschen Gewerkschaften nach dem Versailler Friedensvertrag, weiter die Schilderung Le Paris der Stellung der Gewerkschaften in der internationalen Arbeiterbewegung. Es folgen dann Aufsätze über die Kulturbeziehung des Wirtschaftstages, den Ausbau des Arbeitslohnrechtes und über Gemeinwirtschaftspolitik. Eine Rundschau der Arbeit schließt die Reihe der Abhandlungen.

Wir können unsern Kollegen nur raten, sich diese Zeitschrift zuzulegen. Sie kann durch die Post, den Buchhandel und die Verwaltungstellen der Organisationen bezogen werden. Der vierteljährliche Bezugspreis beträgt 3 1/2 M., für Mitglieder 2,40 M., das einzelne Heft kostet 80 1/2.

Bereitete Staaten von Europa oder Europa A.-G. Unter diesem Namen hat Edo Fimmen bei der Thüringer Verlaganstalt und Druckerei in Jena, eine 127 Seiten starke Schrift erscheinen lassen, worin er die internationale Interessengemeinschaft des Kapitals und deren Gefahren für die Arbeiterklasse behandelt. Fimmen hat nicht unrecht, wenn er meint, daß die nächsten Jahre von Kämpfen zwischen Arbeiterklasse und Unternehmertum in bisher unerlebtem Umfang erfüllt sein werden, schon weil der Streik, der die Kosten des Krieges endgültig zu tragen hat, ob die Kapitalistenklasse oder die Arbeiterklasse, noch in keinem Lande endgültig geregelt ist. Und für diese Auseinandersetzung ist das Unternehmertum vorzüglich gerüstet, weil es durch Krieg und Frieden politisch wie wirtschaftlich gestärkt wurde und sich teilweise international verbunden hat, während die Arbeiterklasse durch Krieg und Frieden erheblich geschwächt wurde und ihre Organisation noch viel zu wünschen übrig läßt. Diesen Zustand sieht der Sekretär der Transportarbeiter, des internationalen aller Gewerbe, natürlich sehr und er treibt ihn auf die Suche nach Möglichkeiten der Abwehr. Diese sei nur ausfindig zu machen, wenn die Arbeiter aller Länder begreiflich gemacht werde, daß die Gewerkschaftsbewegung der Gegenwart in internationaler Hinsicht dieselbe Taktik verfolgen muß, die sie vor 20 und 25 Jahren national angewandt hat, daß sie all ihre Kraft und Macht „national und international anzuwenden hat für die große Aufgabe zur Bekämpfung des Militarismus, Kapitalismus und Imperialismus.“ In seinem ganzen Buche sucht Fimmen darzulegen, daß der national begrenzte Kampf der Arbeiter dem heutigen Zustand der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr genüge, sondern daß er immer mehr durch den international erweiterten ersetzt werden müsse. Dem Beweise dieser Notwendigkeit ist so ziemlich das ganze Buch gewidmet. Da die Metallarbeiter mit den Bergleuten und Transportarbeitern im Vorderreihen der kommenden großen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit stehen werden, ist unsern Kollegen diese Schrift, die nach wirksameren Mitteln und Wegen des proletarischen Befreiungskampfes sucht, sehr zu empfehlen.

Jugend-Liederbuch. 6. Auflage, zusammengestellt von August Wiedrich. 168 Seiten, Preis kartoniert 40 1/2, in Ganzleinen 70 1/2. Arbeiterjugendverlag, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. — Das weit bekannte Jugend-Liederbuch liegt nunmehr in verbesserter und erweiterter Auflage vor. Mit dieser 6. Auflage erreicht es das 300. bis 350. Tausend. Sicher ein Beweis seiner großen Beliebtheit. Das Buch enthält jetzt beinahe 200 Liedertexte. Es ist im Buchhandel wie vom Verlag zu beziehen.

## Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphische Adresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag den 24. August ist der 35. Wochenbeitrag für die Zeit vom 24. bis 30. August 1924 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsstufe:				Wegfall des Beitragsrückzahlung
	I	II	III	IV	
Königsbrunn	10	10	10	5	27. Woche
Weihenburg i. Bad.	5	5	5	—	34. „

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Anforderung zur Rechtfertigung:

Die nachgenannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungen, denen Adressen der Aufgeforderten bekannt sind, wollen diese an den Vorstand melden.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Weihenburg: Der Klempner Paul Besthorn, geb. am 4. Mai 1900 zu Staßfurt, Mitgliedsbuch Nr. 5,142,906, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Stuttgart: Der Malchinbauer Adam Krebs, geb. am 10. Juni 1890 zu Kronberg, Mitgliedsbuch Nr. 4,766,607, wegen Darlehensschwindel.

Öffentlich gerügt wird:

Auf Antrag der Verwaltungstelle Kofstok: Der Metzger Karl Baade, geb. am 12. Februar 1869 zu Kofstok, Mitgliedsbuch Nr. 9,170,21, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungstelle Rosenheim: Der Schlosser Heinrich Wädel, geb. am 4. Juli 1862 zu Miltching, Mitgliedsbuch Nr. 2,919,018, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Zweibrücken: Der Former Franz Jungfleisch, geb. am 10. Oktober 1869 zu Ares a. d. Mosel, Mitgliedsbuch Nr. 5,167,970, wegen Unterschlagung.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 5,077,493, lautend auf den Metallarbeiter Hermann Reichsner, geb. am 18. Juni 1888 zu Morgenröthe (Riel).

Stuttgart, Hiltzstraße 16. Der Vorstandsvorsitz.

## Zur Beachtung! Zugang ist fernzuhalten:

von Elektromotoren nach Hamburg; von Formern und Gießereiarbeitern nach Rosenheim (H. T. Stambel & Co.) D.; nach Schonachbach bei Arberg (Kaiser & Berneth) D.;

von Hammerhämern nach Summersbach (Gebrüder Höfer, Kufjan) U.;

von Metallarbeitern aller Branchen nach Aue (Firma Ergeb. Schmittwerkzeug- und Maschinenfabrik Schwarzenberg) D.; nach Bayreuth (Eisenwerk Henkel, Messerfabrik Leopold in Geyers) A.; nach Berlin D.; nach Koburg; nach Ulm a. D. (G. D. Magirus, A.-G.) D.

U. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; M. = Maßregelung; Ri. = Mißstände; A. = Aussperrung. Arbeitsinhaber Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gezeichnet ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zugeht, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Druck und Verlag: Druckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Hiltzstraße 16.